

Inserate
werden angenommen
in Posen bei der Expedition
der Zeitung, Wilhelmstr. 17,
Caf. Ad. Schleh, Hoflieferant,
Gr. Werberstr. u. Breitestr. Ecke,
Otto Kirsch, in Firma
F. Neumann, Wilhelmplatz 8
Verantwortlicher Redakteur:
G. Wagner
in Posen.

Mittag-Ausgabe.

Posener Zeitung

Hundertunderster Jahrgang.

Inserate
werden angenommen
in den Städten der Provinz
Posen bei unseren
Agenturen, ferner bei den
Annoncen-Expeditionen
H. Hoffe, Haasenstein & Vogler A.-G.,
C. J. Danne & Co., Invalidendamm.
Verantwortlich für den
Inhalt: W. Brann
in Posen.
Fernsprecher: Nr. 102.

Nr. 854

Donnerstag, 6. Dezember.

1894

Die Thronrede.

△ Berlin, 5. Dezember.

Die Thronrede nimmt, wie es ja ganz selbstverständlich ist, in den einleitenden Worten vom neuen Reichstagspalast Notiz. Aber es geschieht ohne die Wärme der Anerkennung, die für die erhabenen Wirkungen der Kunst Empfangliche vielleicht wünschen möchten. Nur von dem „ersten Schaffen“ wird gesprochen, das „ein Denkmal vaterländischen Fleißes“ der Vollendung entgegengeführt hat. Die Frage, ob die Thronrede etwas wie im Programm entwickeln werde, mag jetzt, wo das Schriftstück vorliegt, Vielen noch genau so ungelöst erscheinen wie vorher. In wohlklingenden und ungemein ansprechenden Wendungen wird es als die vornehmste Aufgabe des Staates hingestellt, die schwächeren Klassen der Gesellschaft zu schützen und ihnen zu einer höheren wirtschaftlichen und sittlichen Entwicklung zu verhelfen. Betont wird der Ernst und die Schwierigkeit des „Kampfes um das Dasein“ für einzelne Gruppen der Nation. (Ganz nebenbei sei bemerkt, daß es neu ist, die Darwin'sche Formulierung vom Kampfe ums Dasein in einem offiziellen Aktensstück von dieser Bedeutung anzutreffen.) Wenn nun aber hinzugefügt wird, daß die verbündeten Regierungen in den Bestrebungen fortfahren werden, durch Milderung der wirtschaftlichen und sozialen Gegensätze Zufriedenheit und Zusammengehörigkeit des Volkes zu erhalten und zu fördern, so muß man trotzdem sagen, daß seit anderthalb Jahrzehnten noch keine Thronrede so vollständig wie diese die Ankündigung von sozialpolitischen Gesetzentwürfen hat vermischen lassen. So wird denn auch nichts davon mitgeteilt, daß die Versicherungsformen, das Unfall-, das Krankenkassen-, das Altersversicherungsgesetz zu einer einzigen handlichen Gesetzgebung verschmolzen werden sollen, wie es nach den bereits eingeleiteten Vorarbeiten erwartet werden konnte. Aber die verbündeten Regierungen betrachten ohne Zweifel die Börsenreform und die Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs ebenfalls als Mittel zur Stärkung bedrohter Interessen gegen ungesunde Auswüchse, und sie haben Recht damit. Nur freilich werden diejenigen, die namentlich auf dem Gebiete der Börsenreform gar nicht scharfe Maßregeln genug verlangen können, beträchtlich Wasser in ihren Wein schütten müssen. Die Thronrede beschränkt sich an der betreffenden Stelle zwar einer kräftigen Sprache, und die Börse wird es mit begreiflicher Empfindlichkeit vernehmen, daß hier Gefahren abzuwenden sind, „denen der Volkswohlstand durch mißbräuchliche Benutzung der börsenmäßigen Formen des Handelsverkehrs ausgesetzt ist.“ Indessen hat die Börse einen Trost: der Reformentwurf wird vorerst nur „vorbereitet“, und nicht „gehoben“ wird, ihn noch in dieser Tagung vorlegen zu können. Da der Entwurf aus den Reichsämtern fertig und zur Unterschrift bereit hervorgegangen ist, so bestätigt also die Thronrede, daß sich nachträglich Schwierigkeiten ergeben haben. Worin diese bestehen, weiß man auch: Trotz der späteren Abtönung einer vornehmlichen Enthüllung darf man wohl daran festhalten, daß der Reichskanzler verschiedene Milderungen in die Börsenreform hineingebracht wissen will. Unklar ist, ob der Gesetzentwurf gegen den unlauteren Wettbewerb ebenfalls wie die Börsenreform erst später vorgelegt werden soll, oder ob die einleitenden Worte des betreffenden Abschnitts — „daselbst gilt u. s. w.“ — sich nur auf die Charakterisierung der Reformvorlage beziehen sollen.

Fehlt es in der Thronrede an der Entwicklung positiver sozialpolitischer Vorschläge, so wird um so kräftiger dem Umsturzgesetz vorgearbeitet. Es erscheinen geboten, „dem verderblichen Gebahren derjenigen wirksamer als bisher entgegenzutreten, welche die Staatsgewalt in der Erfüllung ihrer Pflicht zu stören versuchen.“ Die Erfahrung habe gelehrt, daß die bestehende Gesetzgebung nicht die erforderlichen Handhaben hierzu biete. Die „Zuversicht“ wird ausgesprochen, daß der Reichstag für diese ernste Aufgabe seine thätigste Mitwirkung gewähren werde. Das Wort „Zuversicht“ klingt milde genug, aber es ist hinlänglich bekannt, wie viel Ernstes es in sich birgt.

Mit einem heiteren, einem nassen Auge wird man im Bande vernehmen, was die Thronrede über die Steuerfragen sagt. Es ist erfreulich, daß sich die verbündeten Regierungen ausdrücklich „entschlossen“ haben, beim Reichsfinanzplan auf die im Vorjahre zu Gunsten der Einzelstaaten geforderten Mehrüberweisungen zu verzichten. Der Miquel'sche 100 Millionen-Plan ist also begraben, nicht bloß für jetzt, sondern wahrscheinlich für sehr lange Zeit. Denn einen solchen Entschluß giebt man nicht in so bindender Weise kund, wenn man sich vorbehält, zu anderer Zeit auf ihn zurückzukommen. Aber nicht geschenkt

wird dem Volke und der beteiligten Industrie die erhöhte Besteuerung des Tabaks.

Bedeutend ist der auf die auswärtige Politik bezügliche Schluß der Thronrede; seit langen Jahren nicht hat man ein so kräftiges Vertrauen auf dauernden Frieden vernommen wie diesmal. Die „lebhafteste Befriedigung“ wird darüber geäußert, daß „die Zuversicht in die Erhaltung des europäischen Friedens neue Kräftigung erfahren hat.“ Daß die Thronrede von dem Tode des Zaren Akt nehmen werde, konnte vorausgesehen werden. Daß dabei auch die Erwähnung des tragischen Endes des Präsidenten Carnot nicht zu umgehen war, erscheint als selbstverständlich. Die Form, in der diese beiden Ereignisse besprochen werden, wird in Frankreich wie in Rußland den vorzüglichsten Eindruck machen. Es geschieht unseres Wissens zum ersten Male, daß mit Bezugnahme auf die französische Republik gesprochen wird „von einer Solidarität menschlicher Gefühle und friedlicher Wünsche.“ Eine erfreuliche Blicke hat die Thronrede; es giebt in ihr keinen militärischen Passus. Allerdings stehen die sehr erheblichen Forderungen für die Marine in Etat.

Deutscher Reichstag.

(Im alten Reichstagsgebäude.)

(Nachdruck nur nach Uebereinkommen gestattet.)

1. Sitzung vom 5. Dezember, 4 Uhr.

Das Haus ist gut besetzt, die Mitglieder sind fast vollständig erschienen. Auch die Blöde des Bundesrats sind gut besetzt. Anwesend sind u. a.: Reichskanzler Fürst Hohenlohe, v. Boetticher, Miquel, v. Marschall, Frhr. v. Berlepsch, Schönbstedt.

Abg. v. Levetzow eröffnet als Präsident der vorigen Session die Sitzung mit folgenden Worten: Nach der Geschäftsordnung liegt es mir ob, die erste Sitzung des Reichstags zu eröffnen, was ich hiermit thue. Es würde, wie ich glaube, Ihren und meinen Gefühlen nicht entsprechen haben, wenn wir aus diesem Hause, das den Reichstag lange Zeit beherbergte, ohne Abschied scheiden wollten. (Zustimmung.) Deshalb, und weil in dem neuen Reichstagsgebäude die Zurüstungen für die heutige Eröffnungsfest noch zu befechtigen sind, habe ich mir erlaubt, Sie hierher einzuladen.

Zu provisorischen Schriftführern ernannt der Präsident die Abgg. Werbach, Krebs, Dr. Kropatsch und Bieschel. Eingegangen ist der Etat.

Die Verlesung der Mitglieder in die Abteilungen wird nach Schluß der Sitzung vorgenommen werden.

Es folgt der Namensaufruf, der die Anwesenheit von 333 Mitgliedern ergibt. Das Haus ist somit beschlußfähig.

Eingegangen sind noch schleunige Anträge auf Einstellung der gegen die Abgeordneten Schippel, Herbert und Hirschel schwebenden Strafverfahren.

Präsident v. Levetzow: Unsere heutige Aufgabe ist erledigt. Ich schlage vor, die nächste Sitzung abzuhalten morgen, also Donnerstag, um 1 Uhr im neuen Gebäude und auf die Tagesordnung zu legen die Wahl des Präsidiums und die Beratung der oben eingegangenen schleunigen Anträge.

M. H.! Es schlägt nun die Stunde der Trennung von diesem Hause, welches den Reichstag 23 Jahre beherbergte. Mit vielem Geschick und großem Fleiß wurde im Jahre 1871 dieses Haus zum provisorischen Gebrauch für den Reichstag eingerichtet, nachdem der Plan, ein dem ersten Reiches würdiges Reichstagsgebäude zu errichten, schon gefaßt und die Mittel dazu aus der französischen Kriegsschuldung reserviert waren. Am 16. Oktober 1871 hat der Reichstag unter dem Präsidium des Dr. Simson hier seine erste Sitzung gehalten. 21 von seinen damaligen Mitgliedern gehören noch dem Reichstage an, manche von ihnen gehörten ihm nicht unmittelbar an. Sene sind die Abgg. Bebel, Dr. v. Bennigsen, Dr. Voß (Aachen), Dr. Böhm, v. Gerlach, Grand-Moy, Dr. Hammacher, Dr. Frhr. v. Heereman, v. Kallstein, v. Kardorff, v. Kessler, Sander, Dr. Lieber, Dr. Rengers, Dr. von Marquardsen, Richter, Dr. Rudolph, von Steiner, Frhr. v. Stumm und Uden. Gar viele dieser Männer, welche an jenem Tage sich in diesem Hause versammelten, sind inzwischen zu ihren Vätern heimgegangen. Wie oft haben wir nicht traurig von unseren Sitzen uns erhoben, um das Andenken eines heimgegangenen Kollegen zu ehren! Als der Reichstag dieses Haus bezog, war die auf Begründung des Reiches bezügliche Gesetzgebung der Hauptsache nach abgeschlossen, aber der legislative Ausbau des Reiches vollzog sich hier. Ich erinnere nur an die Justizgesetze, die sozialen Gesetze, die Gesetze wegen Stärkung der Wehrkraft, der Reichsfinanzen, die Handels- und Wirtschaftspolitik, die kolonialen Bestrebungen. Hier erhielten wir die für das Vaterland tief erschütternde Kunde von dem Ableben unseres alten Kaisers Wilhelm, des Begründers des deutschen Reiches. Hier wurden wir berufen, als der überall überaus schmerzhaft empfundene frühzeitige Tod unseres Kaisers Friedrich eingetreten war und des jetzigen Kaisers Majestät die Regierung übernommen hat.

Wie überall, so haben auch in diesem Hause gute und böse Tage gewechselt. Oft war der Nebelkampf hart, die Meinungsverschiedenheit groß, die Sitzung erregt, die Arbeit schwer, aber auch manche liebe Bekanntschaft ist hier geschlossen, manche Freundschaft begründet, manche Uebereinstimmung der Meinungen mit Freuden konstatiert worden und stets hat über uns die Fahne des Reichs, zu der wir halten, geweht. (Beifall.)

M. H.! Heimlich fühlten wir uns in diesem Hause und die Erinnerung der hier verbrachten Tage und Stunden wird in uns lebendig bleiben. Scheiden thut immer weh, und deswegen werden wir auch nicht ohne eine Anwandlung von Wehmuth heute unseren

Auszug halten. Immer aber soll uns begleiten das Vorhaben, daß wir allüberall dem Vaterlande dienen wollen. (Beifall.) In Begriffsbildern blieb für immer zu verlassen, empfinde ich es besonders lebhaft, was ich nie vergaß und nie vergessen werde, daß während der langen Dauer meiner Amtsführung der Reichstag in seinem Augenblick sein Wohlwollen, seine Unterstützung, seine Nachsicht mir vorerhalten hat. Der Ausdruck herzlichsten Dankes dafür sei mein letztes Wort von diesem Platz. Hiermit schließe ich die Sitzung und das Haus.

Außerhalb der Sitzung und außerhalb des stenographischen Protokolls (Seitertreff) bemerkte ich nun, daß wir heute Abend um 9 Uhr in dem neuen Reichstagsgebäude im Speisesaal zu einer zwanglosen geselligen Vereinigung zusammenkommen. Sie werden dort wahrnehmen, daß Landstände aus beiden Hemisphären ihrer Teilnahme an der Eröffnungsfest der neuen Reichstagsgebäude thätigsten Ausdruck gegeben haben. Die Sitzung ist geschlossen. Schluß 5 1/2 Uhr.

Deutschland.

□ Berlin, 5. Dez. [Die Beise des Reichstagspalastes.] Die feierliche Schlußfeierlegung im neuen Reichstagsgebäude ist mit allgemeiner Würde verlaufen. Schon vor 12 Uhr begann die viele Kuppelhalle sich mit den Eingeladenen zu füllen. Die Uniform überwog, die militärische und die bürgerliche. Auf den ansehnlichen Tribünen entfaltete sich, zur wirksamen Belebung des schönen Bildes, ein reicher Damenstolz. Auf einer bevorzugten Erhöhung waren für das diplomatische Korps Plätze reserviert. Wir sahen die Botschafter und Gesandten der meisten Staaten, konnten aber den französischen Botschafter nicht entdecken. Er war wohl auch nicht erschienen. Die Drapierungen der Tribüne, besonders aber der Thron auf breiter Estrade, brachten mit ihrem beherrschenden rothen Grundtöne einen farbenfreudigen Zug in die Architektur, die sich einstweilen noch in kumpelmäßig darstellt. Neben dem Schlußstein, in dessen Vertiefung man bequem hineinsehen konnte, hatten sich die Architekten Säger und Wittig aufgestellt, Maurerschürzen über den Frack gebunden. Ballot stand abseits von dieser Gruppe inmitten der Mitglieder der Reichstagsbauverwaltung, auch er in einfachem Frack, mit dem Bande seines, wenn wir nicht irren, bethischen Ordens. Viele Abgeordnete hatten ihre Uniform als Bandwehre wohl auch gar noch Reserv-offiziere angelegt. Präsident v. Levetzow prangte in seiner Bandwehre-Majors-Uniform, Frhr. v. Stumm und Professor Kropatschke zählten ebenfalls ihre militärische Würde. In der Gruppe der inaktiven Minister sah man auch zwei der jüngst entlassenen Herren, den Grafen Eulenburg und Herrn v. Schelling, während Herr v. Seyditz unseres Wissens nicht erschienen war. Vielfach begrüßt und herzlich ausgetauscht wurde Präsident v. Simson. In seiner Excellenz-Uniform mit dem breiten Bande des Schwarzen Adlerordens ragte der 85-Jährige stramm und gerade über seine Umgebung empor. Vortrefflich hielt sich auch General-Feldmarschall Graf Blumenthal. Der Erstaubung waren ferner gefolgt die ehemaligen Minister v. Friedberg und Delbrück. Den Prinzen Heinrich und die Kaiserin Friedrich haben wir nicht gesehen, wohl aber die Prinzess Friedrich Karl und Prinzess Friedrich Leopold, Fortgeblieben waren auch die Kinder des Kaisers. Kurz vor der für den Beginn der Feier angelegten Stunde erschien Fürst Hohenlohe, begleitet von Herrn v. Bötticher. Der Reichskanzler bewegte sich durch die verschiedenen Gruppen. Kanonenschüsse verkündigten um 12 1/2 Uhr das Nahen des Kaiserpaars, das durch ein militärisches Spalier zum Reichstagspalast fuhr. Beim Eintritt des Kaiserpaars ertönten die Klänge einer Fanfare. Der Kaiser schritt in der Uniform der Garde du Corps am Schlußstein vorbei, begrüßte die Prinzess Friedrich Karl mit einem Handkuß und einem Kuß auf die Wange und nahm alsdann stehend vor dem Thronstüffel Platz. Mit klarer Stimme, sehr deutlich vernehmbar, verlas Hohenlohe die in den Schlußstein zu sendende Urkunde, an deren Wortlaut es wiederum wie bei dem betreffenden Passus der Thronrede auffällt, daß dem Fleißigen, nicht aber dem inäusserlichen Schaffen bei der Herstellung des Reichstagsgebäudes Anerkennung gesollt wird. Es folgten die Ansprachen des Grafen v. Hohenlohe und des Herrn von Levetzow, von denen jener die silberne Kette, dieser auf silberner Platte den silbernen Hammer überreichte. Der Kaiser sprach bei den Hammeranschlägen mit kräftiger Betonung die Worte: Pro gloria et patria. Gegen den Schluß der Feier winkten mehrere Herren von der Reichstagsbauverwaltung Herrn Ballot heran. Der Kaiser mochte dies nicht bemerkt haben; er ging an Ballot, ohne ihn anzusprechen, vorbei, eine Szene, die auf die Anwesenden eine gewisse Wirkung übte. Das Kaiserpaar schied sich hierauf zum Rundgange durch den Reichstagspalast an, begleitet vom Fürsten Hohenlohe, Herrn v. Levetzow und dem Gefolge. In einiger Entfernung ging dann auch Ballot hinterher, und man weiß bis zur Stunde nicht, ob er im Inneren des Gebäudes mündliche Erläuterungen zu geben eingeladen worden ist. Wir fügen hier an, daß Ballot den Titel „Geheimer Rath“ erhalten hat, während seine Hauptmitarbeiter Orden 3. und 4. Klasse bekamen.

— Der Seniorenkonvent des Reichstages beschloß, die erste Beratung des Etats am Dienstag stattfinden zu lassen. Am Montag fällt die Sitzung aus. Die Umsturzvorlage soll ebenfalls in der nächsten Woche der ersten Beratung unterzogen werden.

— Die „Post“ meldet: Wie verlautet, wird der Entwurf zum Reichshaushalts-Etat für 1895/96 in Ausgabe und Einnahme mit 1 247 256 063 M. abschließen. Bei den Ausgaben entfallen 1 100 554 613 M. auf die fort-dauernden, 98 844 584 M. auf die einmaligen ordentlichen und 47 856 866 M. auf die außerordentlichen Ausgaben.

— 28 Initiativanträge waren bereits am Mittag im Bureau des Reichstages eingegangen.

r. Von einigen Abgeordneten wird erwogen, ob nicht eine Anfrage an den Reichskanzler am Platze sei, dahin gehend, was es für eine Bewandnis mit der leeren Tafel über dem Haupteingange des Reichstagspalastes habe und von wem die Streichung der Weiheninschrift „Dem deutschen Volke“ veranlaßt worden sei.

L. C. Die Umsturzvorlage enthält, wie schon kurz erwähnt, drei Artikel, von denen sich der erste auf die Abänderung des Strafgesetzbuchs, der zweite auf das Militärstrafgesetz und der dritte auf das Preßgesetz bezieht. Die Abänderung des Strafgesetzbuchs beschränkt sich auf die Abschnitte: Widerstand gegen die Staatsgewalt und Verbrechen und Vergehen wider die öffentliche Ordnung. Abgeändert, bezw. neu aufgenommen werden fünf Paragraphen. Im § 111 wird das Strafmaximum für Aufforderung zur Begehung einer strafbaren Handlung von 2 auf 8 Jahre erhöht und die Strafbestimmung auf diejenigen, welche ein gemeingefährliches Verbrechen anpreisen oder als erlaubt darstellen, ausgedehnt. § 112 betr. Aufforderung oder Anreizung von Personen des Soldatenstandes soll auch auf Militärpersonen Anwendung finden; ferner wird das Strafmaß verschärft, wenn es sich gleichzeitig um Bestrebungen handelt, die auf den Umsturz der Staatsgewalt gerichtet sind. Nach § 126 wird die Störung des öffentlichen Friedens durch Androhung eines gemeingefährlichen Verbrechens mit Gefängnis bis zu einem Jahre bestraft. Diese Strafausdehnung wird auf Androhung jedes Verbrechens ausgedehnt. Ein neuer Paragraph betrifft die Bestrafung eines Komplotts, welches darauf gerichtet ist, den Umsturz der Staatsordnung herbeizuführen. Endlich wird § 130 auf diejenigen ausgedehnt, welche die Religion, die Monarchie, die Familie, die Ehre und das Eigentum in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise durch beschimpfende Äußerungen angreifen. Nach Art. II. können Offiziere und Unteroffiziere des Beurlostenstandes ihrer Stellung enthoben werden, wenn sie wegen Ueberschreitung der Strafstimmungen im Abschnitt 6 und 7 des Militärstrafgesetzes mit mindestens drei Monaten Gefängnis bestraft sind. Abschnitt 6 bezieht sich auf strafbare Handlungen gegen die Pflichten der militärischen Unterordnung; Abschnitt 7 auf den Mißbrauch der Dienstgewalt. In Art. III. wird § 23 des Preßgesetzes dahin erweitert, daß eine Beschlagnahme von Druckchriften ohne richterliche Anordnung auch stattfindet, wenn der Inhalt einer Druckchrift den Thatbestand eines in §§ 111, 112 und 130 mit Strafe bedrohten Verbrechens begründet.

— Zur Einbringung der Tabaksteuervorlage wird, wie ein Quel-Offizier dem „Hann. Cour.“ schreibt, die Ermächtigung noch im Laufe dieser Woche eingeholt werden, und kann dann der Gesetzentwurf anfangs nächster Woche dem Bundesrath zugehen. Die von Baden gewünschte Erhöhung des Zolles auf ausländischen Tabak hat in keinem Stadium der bisherigen Verhandlungen zwischen den Regierungen zu Schwierigkeiten geführt.

— Als Gegner der Tabakfabriksteuer hat sich wie der „Oberschles. Anz.“ neidet dieser Tage der Abg. Pfarrer Franz (Centr.) in Ratibor erklärt.

L. C. Abg. Singer beanspruchte die Vertretung der Sozialdemokraten nach Maßgabe ihrer Stärke im Schriftführeramt. Auf die Frage, ob der sozialdemokratische Schriftführer auch bereit sein würde, repräsentative Pflichten zu übernehmen, wo es sich um die Vertretung des Reichstagsvorstandes handele, der also nicht grundsätzlich solche repräsentative Pflichten nach Außen ablehne, erklärte Abg. Singer, er werde morgen, nach Verhandlung mit seinen Freunden Bescheid geben; seiner persönlichen Meinung würden seine Freunde nicht geneigt sein, die Frage zu bejahen; also voraussichtlich auf die Stelle im Schriftführeramt verzichtet.

Modebrief.

Von Traute Doehorn.

(Nachdruck verboten.)

Berlin, 4. Dezember.

Es giebt eine ganze Anzahl Leute — allerdings meist solche, denen die Sorge um kleine Vögel verlagert geblieben — die bei dem Wort „Kindermoden“ vollständig aus dem Gleichgewicht kommen und sich der guten, alten Zeit erinnern, in denen von Kindermoden nicht die Rede war. Bestanden haben sie aber deshalb doch, eben so wie heute, nur mit dem Unterschied, daß Kinder von ehemals nur eine Miniatur-Ausgabe der Erwachsenen in ihrer Kleidung zu sein schienen. Ein Blick auf Van Dyck's „Kinder Karl I. von England“ zeigt uns die steifen Schnecken-Tailen der Hofdamen auch den kleinen, zarten Körperchen der Prinzessinnen aufzuzwingen; die schöne Rubens sind mit allem Raffinement ihrer Zeit — Pluderhöschen, geschlitztem, reichbesticktem Wams, großem Hut und selbst bräuntem Mantel — ausgestattet. Auf dem rührenden Kinderbild des Dresdner Malers Vogel sehen wir des Königl. Kellners mit enggeknöpftem Oberrock und breitem Pelmenkragen. Das Staatsgewand des kleinen Goethe hat schon Mancher pietätvoll bewundert — na, und der Strumwelterer hat doch schließlich auch einen ganz aparten Schritt in seinem feuerrothen Kittel. Die Kindermoden der neuesten Zeit sind wirklich echte Kinder-Ausstattungen, als solche selbständig vorgehend, ohne Einschlüssen nach den Torsionen der Mamas, Rücksicht und weichen Bedacht nehmend auf die körperliche Entwicklung des Kindes. Alles Beengende, Zusammengepreßte kommt in Wegfall und frei und ungehindert können sich die kleinen des Lebens und ihrer gelunden Glieder freuen. Die erste Anregung hierzu kam von Amerika. Als die überseidigen Töchter des Landes ohne „Traditionen-Ballast“ zum ersten Mal in unsern deutschen fast unabhellen Wäldern auftraten, fand manche Mutter ihre Kleidung absurd, yankee-like, ja man verließ sich da zu dem Ausdruck „unpfeffend“. Und warum? Die weitverbreiteten Dingerchen strakten in loien, fastenreichen Röckchen, die ihnen bis an die Knie reichten. Auf Taille konnten sie nicht schwören, denn sie hatten keine, oder man sah sie wenigstens nicht. Nach und nach fand man die neue Tracht weniger boro und ikt verwunderte sich Viele, daß die Kinder nicht schon längst, von jeher so gekleidet wurden.

Entgegen dem Grundsatz: zuerst die Damen, möchte ich hier zunächst von den Vätern reden. Für diese sind zwei Formen fast ausschließliche Vorchrift: der Matrosen-Anzug und das sogenannte

Oesterreich-Ungarn.

W. T. B. Wien, 5. Dez. [Abgeordnetenhaus.] Bei der fortgesetzten Spezialdebatte über den Strafgesetzentwurf wurden die Paragraphen 1 bis 7 unter Ablehnung sämtlicher Amendements angenommen. Im Laufe der Debatte erklärte der Justizminister Dr. Graf Schönborn, ein Staatsgesetz dürfe niemals der christlichen Moral widersprechen. (Beifall.) Die Ansicht, die Civilisation strebe eine allmähliche Umänderung der Strafmittel und das Verschwinden der Todesstrafe an, halte er entschieden für richtig, doch komme es hierbei vor Allem auf ein vorbeugendes Wirken der Erziehung an. Leider verzeihen viele dieses Thema behandelnde Schriftsteller auf die Wichtigkeit des religiösen Fundaments bei der Erziehung hinzuweisen. Solange aber nicht auf Grund dieses Fundamentes sichere Fortschritte erzielt würde, werde es stets schreckliche Ausschreitungen und Verbrechen geben. Es falle ihm schwer, sich für die Todesstrafe auszusprechen, er müsse aber die dura necessitas berücksichtigen. Der Minister erinnerte an den seltenen Vollzug der Todesstrafe in Oesterreich, wies den Bezug auf andere Länder, insbesondere auf Rußland, zurück und erklärte sich für einen Anhänger der gemischten Strafrechtstheorie, nach welcher die Strafe abschrecken, bessern und führen solle. Solange er es für möglich halten müsse, daß die Todesstrafe viele Unschuldige vor einem grausamen Tode bewahre, bestürzte er deren Beibehaltung. Bezüglich der Beschränkung über die Behandlung der politischen Verbrechen erklärte der Minister, er werde, wo er ungerechtfertigte Härte wahrnehme, stets Abhilfe schaffen. Was die Behandlung der Verbrechen betreffe, so halte sich der Staat für verpflichtet, alle in seiner Custodia sich befindenden möglichst gesund zu erhalten. Wenn er auch für die Todesstrafe sei, wolle er doch nicht, daß ein Verbrecher durch den Vollzug der Strafe zu Grunde gehe. (Lebhafter Beifall.)

W. T. B. Wien, 5. Dez. In der Begründung der Vorlage betreffend die provisorische Regelung der Handelsbeziehungen mit Spanien wird ausgeführt:

So sehr die Regierung das Ungewöhnliche der Sachlage erkennt, nach dem vor Jahresfrist erfolgten Abschlusse eines definitiven Vertrages eine neuerliche Verlängerung des Provisoriums anzuspüren, glaubt sie doch, es ermöglichen zu sollen, daß die Handelsbeziehungen mit Spanien nicht aus formellen Gründen vom 1. Januar ab zum Gegenstand einer differentiellen Behandlung werden, umso mehr als die spanische Regierung neuerlich amtlich erklärt hat, Alles aufzubieten, um die baldigste Ratifikation des Vertrages zu erwirken.

Wucherprozeß Mendel Treuherz und Genossen.

II.

Berlin, 6. Dezember 1894.

Nach Eröffnung der heutigen Sitzung durch den Landgerichts-Direktor Hoppe wird in der Beweisaufnahme fortgefahren. Zeuge Direktor Langke von der Diskontobank bezeugt, daß der Angeklagte Spiegel mit der Bank in dauernder Geschäftsverbindung gestanden habe. Derselbe habe einen Kredit bis zu 40.000 Mark gehabt. Die Wechsel, die er brachte, wurden diskontiert, wenn die über die Acceptanten eingelegenen Grundungen günstig waren. Er hatte 6 Proz. Zinsen pro Jahr und bei 3 Monats-Wechseln 1 Proz. Provision zu zahlen, jedoch er insgesamt 10 Proz. pro Jahr zu leisten hatte. Bei nicht bankfähigen, über drei Monate hinausgehenden Wechseln kamen noch verschiedene Spesen hinzu. Der Angeklagte hatte außerdem 10 Proz. als Depot für Ricambien einzuzahlen. Bei Beginn der Geschäftsverbindung habe Spiegel eine Aktie der Gesellschaft über 1050 Mark übernehmen müssen, nach und nach habe er aber 10 Aktien erworben. Auf Befragen glebt der Zeuge zu, daß bei der Diskontobank nur Wechsel von solchen Personen diskontiert werden, welche entweder Aktionäre sind oder eine sichere Unterlage, sei es in Baar oder in Form einer Hypothek, hinterlegt haben. Da Spiegel aus einer hochangesehenen Familie stamme und noch bei zwei anderen Banken Depots hinterlegt habe, habe sich der Zeuge nicht weiter nach dessen Verhältnissen erkundigt. Auf Antrag des Staatsanwalts wird Direktor Langke nicht vereidigt. Der Staatsanwalt erklärt, der Zeuge habe wissen müssen, daß es keine Geschäftswechsel waren, die von Spiegel zum Diskont gegeben wurden, und daß bei dem hohen Abzuge von 10 Proz., den die Bank machte, die Geldnehmer des Spiegel noch größere Opfer bringen mußten.

Zeuge Freiherr von Kötze hat sich in vorübergehender Gedächtnis vor 5 oder 6 Jahren an Treuherz gewandt. Es habe sich nur um kleine Wechsel bis zu 150 M. gehandelt. Er könne sich nicht entsinnen, daß er dabei dem Angeklagten seine wirtschaftliche Nothlage geklagt habe, und ebenso wenig vermöge er

anzugeben, wie viel er habe opfern müssen. Er habe zu unheil an freien Gütern den Wechsel höher gehalten, als die zu empfangende Summe betrug, er erinnere sich auch, daß Treuherz in einem Fall das Dammo freiwillig herabgesetzt habe.

Der folgende Fall betrifft den Leutnant a. D. Freiherrn v. Schleicher. Wie der Angeklagte Treuherz zugiebt, hat er durch den Kaufmann Moritz Nickel zwei Wechsel in Höhe von 3000 und 1500 Mark, welche von v. S. acceptirt waren, an gekauft. Für den ersteren hat er 2550 Mark gegeben, bei Diskontierung des zweiten 15 Proz. Provision berechnet. Diese Geschäfte seien reine Kaufgeschäfte gewesen, Nickel habe dabei seine Vermittlerrolle gespielt, sondern sei selbständig aufgetreten. Der Vor sitzende macht den Angeklagten Treuherz darauf aufmerksam, daß er bei dem ersten Wechsel 60 Proz. verdient habe.

Der Angekl. Treuherz bemerkt zu diesem und überhaupt zu sämtlichen Fällen, daß die Leute, die ihm die Wechsel brachten und als seine Agenten bezeichnet wurden, ihm als selbständige Geschäftsleute bekannt gewesen seien. Er habe die Wechsel einfach gekauft und dafür eine bestimmte Summe gezahlt. Es müsse ihm unbenommen sein, derartige Forderungen zu kaufen und den Preis dafür zu zahlen, der ihm angemessen erscheine. Der Vorsitzende erklärt, daß es Sache des Gerichts sein werde, zu prüfen, ob diese Kaufgeschäfte verschleierte Wucher sind.

Die verwitwete Frau Major Kelnhardt in Weimar geriet bei dem Tode ihres Gatten in Geldverlegenheit und wandte sich an einen Agenten, um auf einen Wechsel Geld zu erhalten. Sie gab einen Wechsel über 2500 Mark, hat aber Baluta darauf überhaupt nicht erhalten. Der Agent übergab den Wechsel an den Kommissionsärz Hermann Cohn; dieser hat den Wechsel für 2250 M. an Treuherz verkauft, das Geld aber unterzlagen. Er ist deswegen wegen Unterschlagung und Untreue verurtheilt worden und sitzt zur Zeit in Strafbast. Treuherz hat den Wechsel schließlich eingelöst, im Wege der Eintung aber den Betrag von 1000 M. abgelassen. — Präsi.: Das ist doch gewiß auffällig, daß Sie ohne Weiteres eine solche Summe opfern. — Angekl.: Bei der Frau Major sollte gefordert werden, da stellte sich heraus, daß die Dame in sehr dürftigen Verhältnissen lebte, und es wurden deshalb die Eintungsversuche gemacht. — Präsi.: Sie haben mit Hermann Cohn in lebhafter Geschäftsverbindung gestanden? — Angekl.: Ich habe Cohn als selbständigen Geschäftsmann gekannt. Ich berechnete ihm ein Prozent Dammo und zog ihm sieben Prozent für Ricambien ab. — Präsi.: Und das thaten Sie alles ohne Buchführung? — Angekl.: Ich hatte doch die Wechsel und machte mir auch Notizen.

Der Agent Hermann Cohn giebt zu, mit Treuherz zahlreiche Geschäfte gemacht zu haben, wobei ihm selbst für das Dreimonats-Accept eine Provision von 2 Prozent zugefallen sei. Den Gelbsuchen wurden je nach der Bonität größere oder geringere Abzüge gemacht. — Staatsanwalt Strehler: Soll das heißen, daß, je größer die Bonität war, desto größere Abzüge gemacht wurden? (Gelächter.) — Zeuge: Nein. — Rechtsanwalt Dr. Löwenstein: Die Bonität war oft sehr problematisch, denn thatsächlich hat Treuherz bei vielen seiner Geschäfte Verluste erlitten. — Staatsanwalt Strehler: Das soll keineswegs bestritten werden, denn thatsächlich haben wir ja erst aus den Akten der von Treuherz geführten Prozesse die Namen der Bewucherten kennen gelernt, was bei dem Mangel von Büchern sonst nicht der Fall gewesen wäre. — Rechtsanwalt Dr. Friedmann: Hat der Zeuge Cohn dem Angeklagten Treuherz nicht gesagt, daß die Frau Major K. durchaus gut sei? — Zeuge: Ja wohl. Ich hatte Grundungen eingelegt und u. A. erfahren, daß die Frau Major einer reichen Weinbändler-Familie entstamme. — Staatsanwalt Strehler: Ich will der Vertbeildigung ohne Weiteres zugeben, daß die Angeklagten in allen Fällen Grundungen eingelegt und stets günstige Auskünfte erhalten haben. — Rechtsanw. Dr. Friedmann: Hier handelt es sich nicht um Grundungen, sondern um die Frage, ob eine Nothlage vorhanden war.

Die als Zeugin vernommene Frau Major K. wird durch die Erinnerung an ihre trüben Erfahrungen sehr erregt. Sie hatte sich früher einmal bei einer augenblicklichen Geldverlegenheit durch den Agenten Wallenberg Geld beschafft. Der damalige Geldgeber war ein gewisser Lubenow, der sich mit 5 Proz. Zinsen begnügt hatte. Als sie nach dem Tode ihres Gatten wieder momentan Geld brauchte, wandte sie sich wieder an Wallenberg und gab demselben ein Blanko-Accept über 2500 Mark. Sie hat dann lange nichts mehr von dem Wechsel gehört und als sie bei Wallenberg anfragte, habe ihr dieser gesagt, daß er den Wechsel an den Agenten Cohn gegeben habe, der darauf Geld besorgen wollte. Blöthlich ist dann der Wechsel gegen die Zeugin eingeklagt worden. Der Vormund ihrer Kinder hat sich schließlich der Sache angenommen und von Treuherz den Nachschuß einer Summe von 1000 M. erlangt. Mit Prozeßkosten hat sie aber doch für den Wechsel, auf welchen sie eine Baluta nicht empfangen, 1650 Mark zahlen müssen und ihre Schulden raten

russische Kostüm. Letzteres besteht aus Pumphöschen, die dem kleinen Mann an ein Leibchen aus Futterstoff festgenäht werden und einem halblangen, vorn und hinten in je 3 tiefe Torsalten gelegten Kittel, immer aus dunklem Tuch und ohne Knopf- oder Schnur-Verzierung; ein ungefähr 6 Zentimeter breiter, dunkler Ledergürtel, am liebsten schwarzes Glanzleder, hält den Rock etwas zusammen. Ich sage etwas, denn der Gürtel darf nur ganz leicht die Falten unterbrechen, nicht einknicken, es würde dies dem Charakter des National-Kostüms zuwider laufen. Zu weihen Strümpfen (!) Stulpschleichen mit breitem ebenfalls glanzledernem Umschlag. Die Mäße zu diesem Promenaden-Anzug ist eine Art russische Kutschermäße: hoher, fester Rand mit gezogenem Kopfschiff, in dessen Mitte ein Knopf als Abschluß befestigt. — Der englische Matrosen-Anzug hat einige, ich möchte sagen „Stil“-blüthen und gestaltet allerlei, theils korrekte, theils reglementwidrige Abstufungen. Bis zum 7.—9. Jahr sind die kurzen, d. h. am Knie endenden Höschen zwingendes Geleß, die weite Bluse zeigt nur geringen Halsausschnitt oder einen kleinen, quergestreiften Brustflap, der, extra untergeknöpft, den Knaben vor allzu rauher Luft schützt. Der breite, Schulter- und Rücken bedeckende Kragen kann sowohl aus hellblauem als auch aus weißem Drell bestehen, dem ersteren werden drei schmale weiße, dem andern ebensoviel dunkelblaue Rigen aufgeschöpft. Nach der oben angegebenen Jahreszahl trägt der ins reifere Mannesalter Eintretende lange Beinkleider, die sich vom Knie nach dem Fuß zu beträchtlich erweitern, eine Art Glode bildend. Auch verkleiden zwei Taschen dem Kostüm einen diabolischen Reiz, eine Biecke, die dem 9-jährigen Jüngling nicht zukommt. Die Ärmel der ziemlich tief überhängenden Bluse sind durch schmale Säumchen vom Handgelenk aufwärts bis in die Nähe des Ellbogens verengt, der Kragen geht vorn tief herab, die männliche Brust hat sich an die Stürme zu gewöhnen. Auf der Mäße prant irgend eine „Inskript“, „S. M. S. Zukunft“ oder ähnliches.

Das Gefieder des kleinen Mädchens schillert nun freilich in reichem Farbenspiel. Schäfte, ja beinahe geackelte Stoffe umkleiden die Gestalt. Weinroth, erbsengrün, kornblumenblau, braun in allen Nuancen und Schattungen kommen in Cheviot, Diagonal, Tuch oder Blüch zur Verwendung. Wie schon Eingangs erwähnt, sind es vor allem die sogenannten Fallschirmkleider, die sich großer Beliebtheit erfreuen. Das Gewand besteht eigentlich nur aus einer Bluse, je nach dem Alter breiter oder kürzer, an welche das salbige lange Röckchen angeßt. Nicht gepuffte Ärmelchen mit Bündchenschluß an der Hand und die Ab-

wesenheit eines steifen Kragens sind Hauptmerkmale des Schnittes. Die Bluse hat nun verschiedenes Aussehen, bald serpentinarig, glatt auch über den Schultern liegend mit gradem Rand, oder dem Armanlaß angepaßt mit flachen oder tiefen Bogen, Rachen, Zaddeln oder reberschlichem Abschluß. Die Grund- d. h. Futterpasse ist meist einfach pleredig, die erwähnten Ausschmückungen lediglich aus dem Oberstoff hergestellt. Rod = Sauntunen sind Serpentine = Volants, die neuerdings auch für Erwachsene wieder mit Beifall aufgenommenen Blisse's, an-gesackte Rüschen, einfache Soutache = Verzierungen, Rigen und Vorten. Belz- und Blüschröllchen spielen eine große Rolle, beinahe eine ebenso große als der Schleifen- und Bänder-schmuck. Schleifen auf den Achseln, den Ärmeln, am Gürtel (mit flatternden Enden) am Kniebäum. Es ist nicht zu leugnen, daß eine solche kleine Schleifenkörnigen einen allerliebsten Anblick bietet. — Die lose Umbüllung durch die Oberkleider bedingt nun aber eine sehr sorgfältige Beachtung des Unterzeuges. Sind auch die Kleider oben mit Cloths, einem warmen, flaumigen Stoff gefüttert, so dürfen warme Unterjacken nicht vergessen werden. Aus ge-friedtem oder gewebtem Tricotstoff haben diese schützenden „Un-sichtbaren“ keinen Druck auf den wachsenden Körper auszuüben, müssen jeder Bewegung, jeder Biegung beim Laufen Springen u. s. w. nachgeben. — Die Mäntelchen zeigen im Wesentlichen dieselbe Hänger-Form wie die Kleider. Statt der Bluse haben sie dreifach übereinander liegende Hals = Volants oder Belztragen oder reiche Smock-Ausstattungen. Die kleinen Fältchen der Letzteren werden in allerlei künstliche Mäntelchen zusammengezogen, was im Allgemeinen mehr mühevoll als hübsch aussieht. Erübrigt nur noch über die Kopfbedeckung zu sprechen, was aber ziemlich schwer ist; denn erlaubt ist, was gefällt, heißt's auch hier. Während die runde Filzplatte mit wallenden Federn stolz auf dem dunklen Haar der Einen thront, ist ein gleicher Zeller in Schutenform zusammengebogen und umrahmt das rothe Gesicht einer erblühenden Blondine, während eine dritte Variation des gleichen Themas eine Art Wagnerskappe vorstellt. Sehr reizend umschließen die kleinen holländischen Kapuzen die kindlichen Gesichtser und am lieblichsten erscheinen jene zierlichen Buppchen, die ein richtiges, schlichtes Nothlappchen-Haubchen, unter dem die goldenen Löckchen hervorquellen, um ihre neugierigen Ohren gebunden haben. Das Häubchen ist da, und die Groß-mutter ist da, und der böse Wolf? Der frist das Märchenkind erst später.

weise abgetragen. — R.-M. Dr. Friedmann: Hatte die Zeugin nicht Gelegenheit, sich in anderer Weise Geld zu verschaffen, von ihrer Familie oder sonstwo? — Zeugin: Ja, aber ich wollte mich meiner Familie nicht mehr anvertrauen. — Berth. Dr. Friedmann: Also nur Discretion und keine Nothlage!

Der Leutnant a. D. v. S. hat einmal 600 M. gebraucht und durch Vermittlung von Oerttag auf einen Wechsel über 600 M. als Belohnung erhalten. Später hat er noch einmal einen Wechsel über 300 M. ausgestellt, auf welchen er unter Abzug von 12 Prozent Geld erhielt. Bei der letzten Gelegenheit hat ihm Oerttag auch noch 12 Flaschen Schaumwein angehängt. Treuberg hat schließlich sowohl Herrn v. S. als auch Oerttag verklagt, sich aber dann mit einer Zahlung von 60 Prozent begnügt. — Staatsanwalt: In welchem Verhältnis stand Treuberg zu Oerttag? — Angekl.: Oerttag war ein selbständiger Kaufmann, von dem ich Wechsel gekauft habe. Die näheren Umstände, unter denen der Wechsel zu Stande gekommen war, sind mir nicht mitgeteilt worden. — Staatsanwalt: Was der Angeklagte nicht, daß Oerttag seinen Pfennig besah, sondern alle Geschäfte auf den Namen seiner Frau Rosa gingen? Die Frau hat thatsächlich auch alle Prozesse unter ihrem Namen geführt. — Angeklagter: Das war mir nicht bekannt.

Der nächste Zeuge, Premierleutnant v. Calbiati, wandte sich 1890, als er zu einer Dienstreise Geld brauchte, an den Angeklagten Spiegel. Derselbe, der sich als Unterhändler des Treubergs bezeichnete, gab ihm ein Darlehen, für das der Zeuge 3 Accepte über je 500 M. ausstellen mußte. Während Treuberg behauptet, von den 1500 Mark nur 250 M. abgezogen zu haben, will Spiegel von Treuberg nur 1050 M. erhalten und bei diesem Geschäft nichts verdient haben. Der Zeuge glaubt zwar nur 750 M. bekommen zu haben, giebt indes die Möglichkeit zu, daß es auch 1050 M. gewesen sein können. Zur Ermöglichung der Rückzahlung zedirte der Zeuge einen Theil seines Rentenbezuges. Die Rückzahlung erfolgte in Ratenzahlungen. Der Darlehensempfänger hatte die Ueberzeugung, bei diesem Geschäft überbörstelt zu sein.

Der Staatsanwalt theilt mit, daß ihm ein Schreiben zugegangen sei, worin der Verfasser, ein Mitbewohner des Treubergs, anzeigt, daß die Ehefrau und das Dienstmädchen des Treubergs unmittelbar nach dessen Verhaftung eine große Menge Papiere verbrannt haben. Der Angeklagte Treuberg vermag nicht hierüber Auskunft zu geben, weshalb beschlossen wird, den Verfasser des Briefes zu laden.

Rechtsanwalt Grünwald hat im Frühjahr, als er in Berlin sein Affixexamen machte, in zwei Fällen von Spiegel je 80 M. erhalten für je einen Dreimonatswechsel über 100 M. Spiegel behauptet, daß der Selbstnehmer jenesmal nur 10 M. habe opfern müssen. Jährlich seien gewissermaßen als Depot einbezogen worden, bis die Wechsel eingelöst seien. Nachdem dies geschehen, habe G. 10 M. zurückbekommen. Der Zeuge G. giebt dies zu. Er bestreitet auch, daß bei ihm eine Nothlage vorhanden gewesen sei.

Der folgende Fall betrifft den Premierleutnant a. D. Böpfel. Hierbei ist der Angeklagte Brud beteiligt. Derselbe erklärt, daß er nur Agent für den flüchtigen Bankier Pariser gewesen sei. Dieser habe das Geld gegeben, er selbst habe nur 20 Mark dabei verdient. Aus der Vernehmung des Zeugen geht hervor, daß er vor 2 Jahren ein Darlehen von 1000 Mk. haben wollte. Durch Bruds Vermittelung erhielt er 780 Mk., wogegen er einen Wechsel auf 4 Monate in Höhe von 1000 Mk. acceptirte. Brud behauptet, daß Pariser 200 Mk. von dem Verdienst erhalten habe, 20 Mark habe er für seine Vermittelung berechnet. Der Zeuge bestreitet ebenfalls, daß er sich in einer Nothlage befunden habe, er habe das Geld zu einer Branntweinsreise gebraucht. Auch bei dem folgenden Zeugen, einem Kaufmann Ullmann, macht es bedeutende Schwierigkeiten, festzustellen, ob derselbe sich in einer Nothlage befunden habe, oder nicht. Tischlermeister B. hat bei Treuberg mehrere Wechsel diskontirt, wenn seine Baarmittel nicht ausreichten, um seinen Arbeitern den Lohn zu zahlen. Es wurden ihm auf ein Dreimonats-Accept jedesmal 10 Proz. in Abzug gebracht, so daß er insgesamt 40 Proz. hat zahlen müssen. Der Weinbändler Schröder befand sich 1890 in so schlechter Vermögenslage, daß er den Kontus vor Augen sah. Sein Reisender machte ihn auf Treuberg aufmerksam, worauf sich zwischen diesem und Schröder ein reger Geschäftsverkehr entwickelte. Der Zeuge giebt an, daß er in wenigstens 6 Fällen Wechsel zum Gesamtbetrage von 7000 Mark bei Treuberg habe diskontiren lassen. Er habe vierteljährlich zehn Prozent Zinsen zahlen und Lagerzinsen als Sicherheit hinterlegen müssen, welche über Weine lauteten, die für Rechnung des Zeugen auf dem Radhofe lagerten. Der Zeuge wußte nicht, daß er aus Gefälligkeit für seinen früheren Chef Sch. die Vermittelung mit Treuberg übernommen habe. Er würde es nicht gethan haben, wenn sein Chef ihn nicht versichert habe, daß seine Verhältnisse noch gut seien. Darauf wird die Sitzung auf Donnerstag Vormittag 9½ Uhr vertagt. (Freis. Stg.)

Vermischtes.

† **Aus der Reichshauptstadt.** 5. Dez. Ueber die Zeremonie der Schlüsselübergabe für das neue Reichstagsgebäude ist noch zu melden: Nachdem die Majestäten die große Halle im neuen Reichstagsgebäude betreten und mit den Prinzen und Prinzessinnen sich zu ihren Plätzen begeben hatten, bat der Reichskanzler den Kaiser um die Erlaubnis, die Feier beginnen zu lassen und verlas alsdann die in den Schlüsselstein zu legenden Urkunde. Nunmehr überreichte der kaiserliche Hofmarschall die Schlüssel zum Bundesrath Graf v. Verchenfeld-Röfeling unter einer Ansprache die Rede, der Kaiser verleihte die Schlüssel dem Reichskanzler, der sie dem Reichspräsidenten überreichte. Der Reichspräsident, der die Schlüssel in der Hand hielt, sprach: „Pro gloria et patria!“ Hierauf trat auch die Kaiserin, welche während der Ansprachen mit dem Kaiser an den Schlüsselstein getreten war, die drei Schlüssel mit dem Hammer, ohne jedoch ein Wort zu sprechen. Es folgten nun in dieser Zeremonie die Prinzen und Prinzessinnen, außer den oben Genannten noch die Prinzen von Hohenzollern, sodann der Reichskanzler Fürst zu Hohenlohe, der Feldmarschall Graf Blumenthal, die Ritter des hohen Ordens vom Schwarzen Adler, darunter auch der große ehemalige Reichsgerichtspräsident Dr. v. Simson, dann die stimmungsführenden Bevollmächtigten zum Bundesrath, der Präsident, die Vizepräsidenten, Schriftführer und Quästoren des Reichstages, die preussischen Minister, die inaktiven Staatsminister, darunter Graf v. zu Eulenburg und Dr. v. Schelling, die Chef der Reichsämtler, die Mitglieder der Reichstagsbaukommission, der Oberpräsident des Staates Berlin, der Polizeipräsident sowie der Oberbürgermeister von Berlin und schließlich die Mitglieder der Reichstagsbaubehörde, darunter der heute vom Kaiser zum Geheimen Rath ernannte Reichstagsbau-Erbauer Wallot. Während der Vollziehung der Hammerschläge spielte ein Musikcorps. Nach Beendigung der Zeremonie — die kaiserlichen Herrschaften waren inzwischen wieder unter den Baldachin getreten, trat Reichspräsident v. Levetzow an den Schlüsselstein und brachte ein Hoch

auf den Kaiser aus, in das die Versammelten Hürmisch und begeistert einstimmten; es war das erste Kaiserhoch in den Räumen des neuen Reichstages; die Musik folgte mit dem „Heil Dir im Siegerkranz.“ Damit hatte die offizielle Feier ihr Ende erreicht. Der Kaiser verneigte sich und trat nunmehr einen Rundgang an, welcher ¼ Stunden dauerte.

Posales.
Posen, 6. Dezember.

* **Provinzialverein für Hebung der Fluß- und Kanalschiffahrt in der Provinz Posen.** Am 24. v. M. hielt der Ausschuss unter Vorsitz des Herrn Oberbürgermeisters Wittling eine zahlreich besuchte Sitzung ab. Aus den Mittheilungen des Schriftführers, Handelskammersekretär Dr. Hampe, ist hervorzuheben, daß sich der Vorstand bemüht hat, den in der letzten Ausschusssitzung geäußerten Wünschen im Interesse der Schiffahrt und des Handels Geltung zu verschaffen. Ferner ist er in Verbindung mit dem Centralverein zu Berlin der für die Ausgestaltung eines schiffbaren Wasserstraßennetzes in Deutschland, im besonderen auch in der Provinz so wichtigen Frage der Schiffahrtsgesetzgebung näher getreten, ohne jedoch wegen der noch schwebenden Verhandlungen im Centralverein schon eine bestimmte Resolution dem Ausschuss unterbreiten zu können. Die von dem Referenten in dieser Hinsicht entwickelten Vorschläge fanden allgemeine Zustimmung. An den von dem Centralverein angeregten Verhandlungen wegen der z. B. stattfindenden Verhandlungen über Abschluß eines deutsch-russischen Schiffahrtsvertrages hat der Schriftführer theilgenommen, und war er in der Lage, die entsprechenden Wünsche der Vereinsmitglieder nachdrücklich geltend zu machen.

Aus den weiteren Verhandlungen dürfte am meisten interessiren, daß nach den positiven Angaben der anwesenden Schiffahrtsinteressenten und Techniker für die Schiffbarkeit der Warthe gegenwärtig überhaupt so gut wie nichts mehr geschieht. Besonders schwer sind die Klagen über die für Posen so überaus wichtige Strecke Posen-Dobornitz. Die dortigen Zustände, welche bei nicht sehr hohem Wasserstande jede Schiffahrt gefährlich machen, sind umso mehr bedauerlich, als sie ohne nennenswerthe Opfer durch planmäßiges Baggern und Anwendung der Taucherglocke beseitigt werden können. Was die Schiffahrt der Warthe für Handel und Verkehr bedeutet, davon kann man sich überzeugen, wenn bei hohem Wasserstand der Theil unterhalb der Wallfischbrücke von Fahrzeugen bedeckt ist. Es wurde auf Antrag des Herrn Generallandraths v. Sczaniecki beschlossen, auf Grund eines genauen thatsächlichen Materials eine Denkschrift über die belagerten Zustände in der Warthe und die sonstigen, ihre Schiffbarkeit hindernden Thatsachen, z. B. den Zustand vieler Brücken, auszuarbeiten und den sämtlichen Instanzen mit der Bitte um Abstellung zu unterbreiten. In der Denkschrift soll zugleich ausgeführt werden, welche Maßnahmen nach Ansicht des Provinzialvereins für die Warthe im Interesse der Schiffahrt zu treffen seien. Wegen vorgerückter Zeit wurde von der Berichterstatter des Hrn. Dr. Hampe über den Ober-Warthe-Kanal und die Verhandlungen des Schlesischen Provinzialvereins Abstand genommen und beschlossen, das ausführliche Referat durch den Druck zunächst den Mitgliedern des Vereins bekannt zu geben. Sodann wurden einige Zuwahlen in den Ausschuss vollzogen und die Sitzung geschlossen.

Aus der Provinz Posen.

— **Buf.** 5. Dez. [Erhängt.] Gestern Abend wollte der Arbeiter Wojciechowski in seine Wohnung hinein, doch fand er dieselbe verschlossen. Er rief daher einen Gesellen seines Bruders, des Kupferschmiedes Napieralski, und ließ von diesem die Thür gewaltsam öffnen. Sie erblitten beim Eintritt die Frau des Wojciechowski am Hofen hängen; obgleich der Geselle sie sofort vom Strick abschnitt, war es trotz des sofort herbeigerufenen Arztes Dr. Wróblewski nicht mehr möglich, die Frau ins Leben zurückzurufen. — Wie verlautet, sollen häufige Familienzwistigkeiten der Grund zu dieser That sein. Die Leiche ist behufs Untersuchung in's hiesige Krankenhaus geschafft worden.

— **X. Wreschen.** 5. Dez. [Feuer.] Heute Nacht brannte die dem Müller Pfender gehörige Mühle an der Gnelener Chaussee total nieder. Die Feuerwehr konnte nichts thun, sondern sich nur darauf beschränken, die Nachbarmühlen, deren 7 noch vorhanden sind, zu schützen. Die Entstehungsurache des Brandes ist noch nicht ermittelt.

Telegraphische Nachrichten.

Berlin. 5. Dez. In der heutigen Sitzung der medizinischen Gesellschaft äußerte Professor v. Bergmann, er habe wenig Hoffnung auf eine baldige Lösung der Frage über die Wirkung des Diphtherieserum. Eine Unterredung mit Professor Virchow, der sich im günstigen Sinne über das Serum äußerte, habe ihn zu Versuchen veranlaßt, deren er 46 angestellt habe. Er glaube, erst nach Jahr und Tag ein Endurtheil fällen zu können. Professor Virchow erklärte, er halte auf Grund der auffallend günstigen Erfolge im Kaiser Friedrich-Krankenbaue die Anwendung des Mittels für die Pflicht jedes Arztes, trotz der Mangelhaftigkeit gewisser schädlichen Nebenwirkungen. Es bedürfe indes noch langjähriger Arbeit, um die Grenzen der Verwerthbarkeit festzustellen.

Kiel. 5. Dez. Das gesamte Manövergeschwader mit Ausnahme des Panzerschiffes „Weissenburg“ hat heute seine Uebungsreise in die skandinavischen Gewässer angetreten.

Wien. 5. Dez. Wie die „Pol. Corr.“ meldet, verließ der Kaiser Franz Josef dem zum italienischen Gesandten in Belgrad ernannten bisherigen Votschaftsrathe Herzog Albano das Großkreuz des Franz-Josef-Ordens; der Kaiser von Rußland verleihe demselben Blatte zufolge dem bisherigen österreichischen Votschafter Grafen Wolkenstein-Trostburg den Andreaskreuz. Graf Wolkenstein verläßt Petersburg am 6. Dezember.

Rom. 5. Dez. Der ehemalige Unterstaatssekretär Rosano hat an seine Wähler ein Schreiben gerichtet, in welchem er ihnen anzeigt, daß er sein Mandat als Deputirter niedergelegt habe, und zugleich lebhaften Protest gegen die Anschulldigung erhebt, daß er Dokumente der Banca Romana entwendet habe; dieses sei eine böswillige Lüge.

Wenn man in dem Banca Romana-Prozesse, heißt es in dem Schreiben, die Organe der öffentlichen Sicherheit als Schuldige behandeln will, so wird man Giotiti und zum mindesten mich logischer Weise als deren Haupt anklagen müssen. Ich fordere diese Anklage und beantrage ein Urtheil, denn es wird bewiesen müssen, daß die Beschuldigung der Unterschlagung von Schriftstücken eine schmachvolle Verleumdung ist.

Rom. 5. Dez. [Deputirtenkammer.] Biancheri übernahm unter großem Beifall das Präsidium. — Die Kammer nahm davon Kenntniß, daß der ehemalige Unterstaatssekretär im Ministerium des Innern in dem Kabinett Giolitti Rosano, sein Mandat niedergelegt habe. Es wurden zahlreiche Anfragen und Interpellationen verlesen, darunter solche über innere Politik, über die Auflösung sozial-

istischer Vereine, über die Vorgänge in Syrien, über die Entwendung von Dokumenten in dem Banca Romana-Prozesse.

Rom. 5. Dez. Der Papst berief heute die Kardinäle Rampolla und Ledochowski, welche den jüngsten Konferenzen der Patriarchen in der Angelegenheit der orientalischen Kirchen beigewohnt hatten, zu einer Sitzung. In derselben wurden die praktischen Mittel festgestellt, um den Beschluß der erwähnten Konferenzen zu verwirklichen, einen Beschluß, welcher durch eine apostolische Konstitution, deren Veröffentlichung unmittelbar bevorsteht, sanktionirt wird. Auch nach dieser Veröffentlichung werden die genannten Kardinäle noch allmonatlich durch den Papst einberufen, um die Beobachtung der Konstitution zu überwachen.

Rom. 5. Dez. In Milazzo wurden gestern und vorgestern Nacht neuerliche leichte Erdstöße verspürt. — Außer den bereits gespendeten 40 000 Lire hat der König weitere Geldspenden für die durch das Erdbeben heimgesuchten Ortschaften Catabriens und Styllens gesandt.

Petersburg. 5. Dez. Bei Besprechung der italienischen Thronrede bemerkt das „Journal de St. Petersbourg“, man müsse besonders die Stellen hervorheben, in denen König Humbert nach Erwähnung der Trauer des russischen Volkes betont, daß die allgemeine Theilnahme bei dem Tode des erlauchten Herrschers in jüngster Zeit gezeigt hat, daß eine Strömung der Sympathie die Völker und die Regierungen vereinigt und daß die neue Regierung in dem mächtigen Rußland jene Eintracht in den Zielen bekräftigt hat, welche für eine lange Zukunft die Ruhe der Staaten verbürgt, die Niemand zu stören denke oder zu stören wagen dürfte.

Kopenhagen. 5. Dez. Der Justizminister hat eine sofort in Kraft tretende Verfügung erlassen, durch welche die angeordneten Maßregeln gegen die Einschleppung ansteckender Krankheiten aus den russischen Häfen am Finischen Meerbusen und der Ostsee, den niederländischen Häfen und London aufgehoben werden.

Bern. 5. Dez. Der Nationalrath beauftragte den Bundesrath, die Verhandlungen bezüglich einer internationalen Regelung der Arbeiterschutzfragen wieder aufzunehmen.

Bern. 5. Dez. Der Nationalrath überwies den von Bischoff-Aarau gestellten Antrag auf Verstaatlichung des Betriebes der Normalbahnen an den Bundesrath zur Berichterstattung.

Konstantinopel. 5. Dez. Die Nachricht, Avelan hätte hier die Errichtung einer Kohlenstation für Schiffscheder auf irgend einer Insel des Archipels verlangt, wird in offiziellen Kreisen für unbegründet erklärt.

Sofia. 4. Dez. Die „Agence Balkanique“ meldet: Die Sobranje verhandelte heute über die Wahl in Belaslina vom 11. September. Dasselbst soll, wie behauptet wird, Dragan Zankow gewählt sein, doch ist in einem wegen der Wahl ausgenommenen Akte erklärt worden, daß die Wahl wegen Gewaltthatigkeiten, welche gegen das Wahlbureau verübt worden seien, gar nicht stattgefunden habe. Bei der am 18. September wiederholten Wahl wurde der spätere Minister Tontschew gewählt, welcher seitdem seine Entlassung genommen hat und niemals als Deputirter in der Sobranje erschienen ist. Die Debatte über die Wahl wurde seit Eröffnung der Sobranje mit Ungebuld erwartet, weil man sie als einen Prüfstein für die Solidität der Regierungskoalition ansah. Die Sobranje nahm mit großer Mehrheit den Antrag der Kommission an, die Wahlen vom 11. und 18. September zu annulliren. Großen Eindruck machte es, daß fast alle Zankowisten mit der Majorität gegen ihren Chef stimmten. In politischen Kreisen sieht man die Abstimmung als einen großen parlamentarischen Erfolg der Regierung an. Die Minister wohnten der Sitzung nicht bei.

Telephonische Nachrichten.

Eigener Fernsprechkreis der „Pol. Stg.“
Berlin, 6. Dezember, Morgens.

Dem Bundesrath dürfte demnächst eine Vorlage über Abänderung des Branntweinsteuergesetzes zugehen, wodurch aber nur die durch Erfahrung festgestellten Mängel beseitigt werden.

Die „Nat.-Stg.“ vernimmt, die Verathung über die Umsturzvorlage werde durch den Reichskanzler eingeleitet. Staatssekretär Nieberding und Minister v. Koller vertreten die Vorlage.

Bei dem gestrigen Bankett, das Abends im neuen Reichstagsgebäude stattfand, war auch der Reichskanzler kurze Zeit anwesend; die Sozialdemokraten fehlten.

Der „Vorwärts“ theilt mit, Präsident v. Levetzow habe dem Seniorenkonvent mitgetheilt, daß die Umsturzvorlage bei der gestrigen Sitzung dem Reichstag zugegangen sei.

Das „V. Z.“ meldet aus Bern: Der Nationalrath beschloß einstimmig, der Bundesrath solle im günstigen Zeitpunkt die Verhandlungen mit den Industriestaaten wegen internationaler Regelung der Arbeiterfrage aufnehmen.

Aldershot. 6. Dez. Der deutsche Kaiser sandte an den Kommandeur des Dragonerregiments Scoldgray folgendes Telegramm, um ihm zur Ernennung des Kaisers von Rußland zum Ehrenobersten des Regiments zu gratuliren. „Ich brüde Ihnen und Ihrem glänzenden Regimente in meiner Eigenschaft als Oberst der Royal dragons meine herzlichsten Glückwünsche für die Ehre aus, die Ihnen Ihre Allergnädigste Majestät bewiesen hat und die von den Scoldgray-Dragonern vollkommen gewürdigt werden wird, in Anlehnung der herrlichen und innigen Kameradschaft zwischen den Regimentern der Union-Brigade und Brigade von Waterloo. Gez. Wilhelm, Imperator Rex, Oberst der Royal Dragons.“

Druck und Verlag der Hofbuchdruckerei von W. Deder u. Co. (A. Rödel) in Posen.